



Seite 4:
Kreistag befasst sich mit Reizthema Abfallwirtschaft



Seite 5:
DIE LINKE Saale-Wipper hat neuen Vorstand gewählt



Seite 7:
Spende für die Grünen Damen

DIE LINKE ZEITUNG

11/2019

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis



LINKE im Salzlandkreis jetzt mit Doppelspitze

Foto: Thomas Skoczowsky

Die LINKE im Salzlandkreis hat bei ihrer turnusmäßigen Neuwahl des Kreisvorstands im Oktober in Staßfurt eine Doppelspitze gewählt. Henriette Krebs und Jörg Lemmert, beide aus Bernburg, sind die neuen Vorsitzenden. Lothar Boese, langjährig im Amt, hatte im Juni mitgeteilt, nicht wieder zu kandidieren. Auch dem neuen Kreisvorstand wollte er nicht mehr angehören. Sein in der Kreistagswahl im Mai wiedergewonnenes Mandat hatte er ebenfalls nicht angenommen. Nach fast drei Jahrzehnten in leitender Funktion, erst im Landkreis Bernburg, dann im Salzlandkreis, und nach 26 Jahren ununterbrochener Mitgliedschaft im Kreistag müsse es jetzt einen Wechsel geben, so seine Begründung. Die beiden neuen

Vorsitzenden wurden ohne Gegenkandidaten mit 40 bzw. 41 von 44 abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. Ihr Vorschlag einer Doppelspitze war vorher einstimmig von der Versammlung befürwortet werden. Die Satzung steht dem nicht entgegen. Im benachbarten Kreisverband Mansfeld-Südharz und in anderen Landesverbänden gibt es bereits positive Beispiele für diese Arbeitsweise.

Dem Kreisvorstand gehören nach zuletzt 14 jetzt insgesamt 18 Mitglieder an, darunter fünf neue (siehe Kasten). Alle Vorgesetzten wurden mit 68 bis 96 Prozent Zustimmung gewählt. Die nach Satzung geforderte Frauenquote von mindestens 50 Prozent war

diesmal kein Problem. Zehn der 18 Mitglieder sind Frauen. Als stellvertretende Vorsitzende wurden für die Region Schönebeck Christa Beier, für Aschersleben Nicola Hoppe und für Staßfurt Klaus Magenheimer wiedergewählt. Da die beiden neuen Vorsitzenden aus Bernburg kommen, wurde für diese Region kein Stellvertreter gewählt. Wie schon vor zwei Jahren war es auch diesmal wieder nicht möglich, einen Schatzmeister oder Schatzmeisterin direkt zu wählen, da niemand für eine Kandidatur bereit war. Der neue Kreisvorstand muss deshalb wie bisher durch Berufung aus den eigenen Reihen das Problem lösen. Die neue Kreisfinanzrevisionskommission ist fast die alte. Auf dem Bundesparteitag

Fortsetzung auf Seite 2

wird der Kreisverband in den nächsten beiden Jahren durch Sabine Dirlich und Tobias Pochanke vertreten. Petra Stenzel, Christine Pfeiffer und Roland Claus stehen als Ersatz bereit. In den Landesausschuss wurden Regina Koblichke und Ernst-Hermann Brink delegiert. Stellvertreter sind hier Christine Pfeiffer und Tobias Pochanke.

In seiner Rede zum Rechenschaftsbericht ging der scheidende Kreisvorsitzende anfangs auf die diesjährigen desolaten Wahlergebnisse der LINKEN ein. Mit Ausnahme der Bürgerschaftswahl in Bremen waren überall Verluste zu verzeichnen. Das betraf die EU-Wahl, die Kommunalwahlen und zuletzt die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen. Nüchtern betrachtet, hätten „das politische Angebot der LINKEN und ihr Erscheinungsbild bei den Wählerinnen und Wählern in den letzten Jahren an Anziehungskraft verloren“, so Lothar Boese. Über die Gründe gehen bei den Mitgliedern die Meinungen auseinander. Dazu führte er einige prominente Beispiele an. Im Kommunalwahlkampf hätte es auch Unzulänglichkeiten gegeben. Ihn vor Ort personell zu stemmen, würde immer schwieriger. Sein Dank ging an die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, die sich dennoch nicht geschont hätten. Auf die selbst gestaltete Wahlzeitung, die über eine Firma an alle Haushalte verteilt wurde, könne man stolz sein.

Der Finanzbericht, von Jörg Lemmert als beauftragtem Schatzmeister vorgetragen, dokumentierte eine solide Finanzlage des Kreisverbands. Das Jahr 2018 war mit einem Überschuss von mehr als 20.000 Euro abgeschlossen worden. Auch die aktuelle Situation im Vergleich zum Plan ist zufriedenstellend. Dank ausreichender Rücklagen war die Finanzierung des Kommunalwahlkampfes problemlos möglich. Für deren künftige Finanzierung ist die kontinuierliche Füllung des Kommunalwahlfonds durch Mandatsträgerbeiträge laut Satzung und der entsprechenden

Beitragsordnung des Kreisverbands von Bedeutung. Durch den anschließenden Bericht der Kreisfinanzrevisionskommission wurde die ordnungsgemäße Finanzarbeit bestätigt.

Sabine Dirlich als bisherige und wiedergewählte Fraktionsvorsitzende erstattete den Bericht der Kreistagsfraktion. Im Kreistag ist die LINKE nach den Wahlen im Mai jetzt nur noch mit acht Mandaten (vorher 13) vertreten. Das ist ein Sitz weniger als die AfD errang, die erstmals kandidierte und nach der CDU (14 Sitze) zweitstärkste Kraft wurde. Die SPD errang ebenfalls acht Mandate. Danach folgen die FDP (5), die Grünen (3) und verschiedene unabhängige regionale Wählergruppen (zusammen 7 Sitze). Dadurch, dass sich der LINKEN wie bisher noch zwei Kreistagsmitglieder aus den Wählergruppen anschlossen, bildet sie nach der CDU und der SPD (zuzüglich Unabhängige) noch vor der AfD die drittstärkste Fraktion.

In der sich anschließenden Aussprache nahmen auch Gäste von der Landes- und Bundesebene das Wort, die in den Vorjahren nicht unbedingt zu den regelmäßigen Teilnehmern der Kreisversammlung gehörten. Das waren der neue Landesvorsitzende Stefan Gebhardt, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion Eva von Angern sowie die Bundestagsabgeordnete Birke Bull-Bischoff und Jan Korte. Neben Ausführungen zur aktuellen politischen Situation fanden sie Worte der Würdigung und des Dankes für die langjährige Tätigkeit des scheidenden Kreisvorsitzenden. Am Ende wurden ihm Blumen und Erinnerungsgeschenke, unter anderem ein Dankschreiben mit den Unterschriften aller Versammlungsteilnehmer, überreicht.

Nach der Kandidatenaufstellung, den Wahlgängen und der Mittagspause fand die Versammlung mit der Behandlung des vom Vorstand vorgelegten Leittrags seine Fortsetzung. Mit einer Ergänzung aus aktuellem

Anlass, betreffend die jüngste Aggression der Türkei gegen die kurdischen Gebiete in Nordsyrien, wurde die Entschließung zur Situation, den nächsten Zielen, Aufgaben und Aktivitäten der LINKEN im Salzlandkreis unter dem Titel „LINKS wirkt! DU kannst mitwirken!“ einstimmig verabschiedet. (Red.)

Kreisvorstand

Vorsitzende
Henriette Krebs (Bernburg)
Jörg Lemmert (Bernburg)

Stellvertreter/innen
Christa Beier (Schönebeck)
Nicola Hoppe (Aschersleben)
Klaus Magenheimer (Staßfurt)

Mitglieder

Alexander Behm (Staßfurt)
Manfred Bölke (Güsten)
Sabine Dirlich (Schönebeck)
Hans-J. Hederemann (Aschersleben)
Heinz-Werner Herrler (Schönebeck)
Regina Koblichke (Aschersleben)
Angelika Müller (Schönebeck)
Siegfried Nietardt (Aschersleben)
Christine Pfeiffer (Bernburg)
Jule Recklebe (Calbe)
Elke Rehmann (Bernburg)
Petra Stenzel (Güsten)
Thorald Windt (Staßfurt)

Kreisfinanzrevisionskommission

Hans-Jürgen Berg (Peißen)
Hella Käthner (Bernburg)
Rainer Schlegel (Bernburg)

Delegierte zum Bundesparteitag

Sabine Dirlich (Schönebeck)
Tobias Pochanke (Amesdorf)

Mitglieder im Landesausschuss

Regina Koblichke (Aschersleben)
Ernst-Hermann Brink (Amesdorf)

Konstituierende Sitzung des Kreisvorstandes

Christa Beier, stellvertretende Kreisvorsitzende

Am 17.10.2019 fand die konstituierende Sitzung des Kreisvorstandes im Staßfurter Büro statt. Von den auf der Kreisversammlung gewählten 18 Mitgliedern nahmen

14 Mitglieder teil, 4 Mitglieder fehlten entschuldigt. Als Gast nahm Gen. Roland Claus an der Beratung teil.

In der Rückschau auf die Kreisversammlung stimmten alle Beratungsteilnehmer darin überein, dass die Versammlung sehr gut vorbereitet und durchgeführt wurde. Die würdige Verabschiedung des ehemaligen Kreisvorsitzenden Lothar Boese fand große Zustimmung. Es wurde erwähnt, dass auch die örtlichen Medien über die Kreisversamm-



*Die beiden neuen Kreisvorsitzenden bei der Vorstandssitzung
Foto: privat*

lung berichtet hatten. Hervorgehoben wurde auch die Unterstützung von Rainer Zühlke bei der Wahldurchführung. In der konstituierenden Sitzung wurde eine Aufgabenverteilung vorgenommen und die Zuständigkeiten festgelegt. Die Arbeitsweise des Kreisvorstandes stand auch auf der Tagesordnung. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, die Sitzungsleitung rotierend durchzuführen und zur Beratung auch die anderen Büros in der Region zu nutzen, außerdem erfolgte auch eine Information über die Arbeit der Kreistagsfraktion. Weiterhin wurde über die Finanzarbeit und die Mitgliederbewegung und die nächsten Termine informiert.

Bittere Bilanz

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE.

30 Jahre nach der friedlichen Revolution ziehen insbesondere viele Menschen in Ostdeutschland eine kritische Bilanz. Laut des jüngsten Berichts zur deutschen Einheit sehen viele Ostdeutsche sich als Bürger zweiter Klasse – immer noch, nach 30 Jahren Einheit, nach 30 Jahren gemeinsamer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Und das völlig zu Recht, denn viele Versprechen der Einheit, man erinnere sich nur an Kohls „Blühende Landschaften“, sind bis heute nicht eingelöst und auch die aktuelle Bundesregierung versagt bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse:

Noch immer ist der Rentenwert Ost nicht an den im Westen geltenden allgemeinen Rentenwert angeglichen. Die Ost-Löhne sind durchschnittlich 22 Prozent niedriger als im Westen. Kürzlich wurde berechnet, dass der preisbereinigte Lohnunterschied selbst bei eingerechneten niedrigeren ostdeutschen Lebenshaltungskosten und Mieten drastische 20 Prozent beträgt. Mit dem aktuellen Tempo erreichen wir die Lohnangleichung im Jahr 2073 und die wirtschaftliche Einheit im Jahr 2081. In der ganzen Bundesrepublik sind gesellschaftliche Führungspositionen kaum mit Ostdeutschen besetzt: Von den 100 größten ostdeutschen Unternehmen wird nur ein Viertel von ostdeutschen Chefs geleitet; von den 190 deutschen Dax-Vorständen stammen ganze drei aus dem Osten. Zwei der etwa 200 Generale und Admirale der Bundeswehr und drei der 336 Richter an den obersten Bundesgerichten sind Ostdeutsche. Selbst von 585 Richtern in Ostdeutschland stammen nur 78 aus den neuen Ländern. Kein Wunder, dass die fast rein westdeutsche Elite bisher kein Interesse an gleichwertigen Lebensverhältnissen gezeigt hat. Infolgedessen verfestigt sich jedoch die Ost-West-Kluft als besonderes Beispiel sozioökonomischer Spaltungsprozesse. Viele haben einfach den Glauben endgültig verloren, dass ihre Fähigkeiten noch einmal gebraucht werden und dadurch ihre Möglichkeiten wachsen, in dieser Gesellschaft gut leben zu können. Und diese Erfahrung ist ja nicht neu. Dem demokratischen Herbst 1989 folgte mit der Treuhand und dem umfassenden Wechsel der Eliten schnell das Gegenteil von Mitbestimmung in Ostdeutschland. Durch den Zusammenbruch der Arbeitsgesellschaft, der aufgrund der kollektivierten DDR-Gesellschaft mehr bedeutete als „nur“ Arbeitslosigkeit und Zukunftsungewissheit, führte dazu, dass die Menschen nicht nur ihre Arbeit verloren, sondern damit verbunden auch ihren sozialen und kulturellen Status. Die Entwertung ostdeutscher Kultur, die mit der Vereinigung von der Treuhand vorgenommene unvorstellbare Umverteilung von Eigentum von Ost nach West und der Verlust der Deutungshoheit über die eigene Geschichte ließen im Osten ein Gefühl entstehen, dass die Einheit wohl eher eine Übernahme sei.

Und dabei sollte die Treuhand eigentlich



Jan Korte schaut auf die Entwicklung Ostdeutschlands in den letzten 30 Jahren zurück, Foto: privat

das Volkseigentum wahren und im Interesse der Allgemeinheit verwalten. Mit Einführung der „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ in der DDR am 1. Juli 1990 war sie zur Eigentümerin von 8.500 Kombinaten und Betrieben geworden. Deren Gesamtwert hatte Detlev Rohwedder (vom 1.9.1990 bis 1.4.1991 Präsident der Treuhandanstalt) in einem Gespräch mit Christa Luft, der Wirtschaftsministerin der DDR, im Februar 1990 auf etwa 600 Mrd. DM geschätzt. Hinzu kamen rund 2,4 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftliche Flächen, das Vermögen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, wesentliche Teile der Liegenschaften der ehemaligen Nationalen Volksarmee, umfangreicher Wohnungsbesitz sowie das Vermögen der staatlichen Apotheken.

Der 1:1-Umtausch brachte den Haushalten in Ostdeutschland zwar die lang ersehnte Kaufkraft, diese führte aber nur bei Westfirmen zu steigenden Umsätzen. Ostbetriebe konnten bei diesem Kurs nicht konkurrieren und gingen reihenweise Pleite. Selbst Betriebe, die konkurrenzfähige Produkte im Angebot hatten, wurden zumeist von Westfirmen übernommen und zwecks Marktberreinigung dichtgemacht. Die Treuhandanstalt organisierte den wirtschaftlichen Kahlschlag: Innerhalb von nur 20 Monaten wurde die Zahl der Beschäftigten in den VEB-Betrieben von 4,1 Millionen auf 1,24 Millionen abgebaut, 3713 Betriebe wurden geschlossen. Unter teils dubiosen Umständen verscherbelt die Treuhand rund 50.000 Immobilien, knapp 10.000 Firmen und mehr als 25.000 Kleinbetriebe. Dass sie in zahllosen Fällen weder die Bonität der Käufer prüfte noch die Einhaltung der Verträge überwachte, ist aktenkundig. Die DDR galt in diesen Jahren als ein riesiger Schnäppchenmarkt. Nur für ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger blieb nichts übrig. Als die Treuhand 1994 geschlossen wird hinterlässt sie als Bilanz mehr als drei Millionen vernichtete Arbeitsplätze und einen Schuldenberg von sage und schreibe 264 Milliarden D-Mark. Die Arbeitslosigkeit stieg in den neuen Ländern im Laufe der 1990er Jahre auf Spitzenwerte von 20 Prozent – trotz massenhafter Frühverrentung und Abwanderung in den Westen. Seit

der Maueröffnung verließen vier Millionen meist junge, gut ausgebildete Menschen, vielfach Frauen, die neuen Länder.

Der Ausverkauf durch die Treuhand, Massenarbeitslosigkeit und Abwanderung führten zu Ohnmacht und einer materiellen Zweitklassigkeit des Ostens, die bis heute anhält. Das Land ist aktuell sozial so tief gespalten wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Wir brauchen deshalb schnellstmöglich eine Politik der sozialen Wende, um die Einheit zu verwirklichen und gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Land herzustellen.

Deshalb fordert DIE LINKE die Bundesregierung auf, im 30. Jahr der Einheit endlich ein Maßnahmenpaket zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse vorzulegen. Kernpunkte müssen, neben einer Ost-Quote sowie einer verstärkten Demokratiarbeit, drei große Reformvorhaben sein:

1. brauchen wir mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt, einen Mindestlohn von 12 Euro und eine Reform der Arbeitslosenversicherung statt Hartz IV. Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit, egal an welchem Ort, muss endlich durchgesetzt werden.

2. muss über eine Rentenreform der Lebensstandard der Menschen im Alter wieder gesichert und die tickende Zeitbombe Altersarmut entschärft werden.

3. fordern wir eine große Steuerreform, die Superreiche und Konzerne heranzieht, um Menschen und Infrastruktur in ländlichen Regionen zu unterstützen.

Es ist höchste Zeit.

Zum Gedenken an Rosa – Zitat des Monats:



„Man lernt am schnellsten
und besten,
indem man andere lehrt.“

Kreistag befasst sich mit Reizthema Abfallwirtschaft

Sabine Dirlich, Fraktionsvorsitzende

Die Gestaltung der Abfallentsorgung, sowohl das Konzept aber vor allem natürlich die Gebühren, sind immer für leidenschaftliche Diskussionen gut und führen in der Regel zu Unstimmigkeiten zwischen den Fraktionen des Kreistages aber auch innerhalb der Fraktionen. Erst Recht, wenn es wie diesmal um eine erhebliche Gebührenerhöhung geht. Außerdem wirken die unterschiedlichen Erfahrungen in den Altkreisen immer noch nach.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich bei der letzten Diskussion im Kreistag überwiegend den Notwendigkeiten gebeugt, hat teils zugestimmt und teils sich enthalten. Es gab auch Gegenstimmen.

Was waren die ausschlaggebenden Gründe für unser Verhalten? Den größten Anteil an den Kosten der Müllentsorgung und auch den größten Anteil bei der Gebührenerhöhung hat nach wie vor die Restmüllentsorgung, die nur noch thermisch erfolgen kann. Das ist extrem teuer. In den vergangenen Jahren konnte der Kreiswirtschaftsbetrieb noch von langfristigen Verträgen mit den Verbrennungsanlagen profitieren. Aber seit dem haben sich die Preise exorbitant erhöht und schlagen sich nun auch im Salzlandkreis nieder. Auch die Personalkosten haben sich erhöht und natürlich kann und will sich unsere Fraktion nicht gegen eine anständige Bezahlung der Beschäftigten aussprechen. Dazu kommt, dass der Kreiswirtschaftsbetrieb laut Gesetz kostendeckend arbeiten muss. Allerdings könnte der Landkreis, selbst wenn es gesetzlich möglich



Blick in den Kreistag; Foto: privat

wäre, nicht zuschießen. Dafür fehlten einfach die Mittel. Der Geschäftsführer des Kreiswirtschaftsbetriebes setzt die Müllgebühr aber auch ins Verhältnis zu anderen Gebühren. Er hat eine monatliche Erhöhung pro Person von 1,84 Euro errechnet. Dem gegenüber steht die Tatsache, dass der jetzige Vertrag 14 Jahre halten könnte, in denen keine weiteren Erhöhungen notwendig werden.

Zur Verteuerung der Restmüllentsorgung kommen noch Kosten für die Sicherung der Deponie Staßfurt und den Neubau eines Wertstoffhofes für Staßfurt hinzu. Hintergrund ist zum einen, dass die Rücklagen für die Deponie Staßfurt zu früh aufgelöst wurden und nun neues Geld angespart werden muss. Leider haben von der Rücklagenauflösung nur

die Bürgerinnen im Altkreis Aschersleben/Staßfurt durch Gebührensenkung profitiert, während jetzt alle Bürgerinnen des Salzlandkreises neu ansparen müssen. Vom neuen Wertstoffhof in Staßfurt werden allerdings alle Bürger/innen des Salzlandkreises Vorteile haben, weil dort dann Stoffe entsorgt werden können, für die es zurzeit keine Annahmestelle im Kreis gibt, wie zum Beispiel Dachpappe.

An zwei Stellen hat der Kreistag nachgebessert. Die Sperrmüllentsorgung wird nicht, wie vorgesehen, eingeschränkt. In Zukunft können zweimal im Jahr 2 Kubikmeter pro Einwohnergleichwert zur Abholung angemeldet werden. Auch Kleinmengen bis zu 1 Kubikmeter können gebührenfrei bei den Wertstoffhöfen abgegeben werden.

Einige Fragen bleiben noch zu diskutieren und sind eine Aufgabe für die nächste Zukunft: Wie kann es gelingen, die Bürger/innen einerseits zur Müllvermeidung anzuregen? Und wie kann es gelingen, die illegale Müllentsorgung, die uns alle auch teuer zu stehen kommt, zu verhindern? Diese Aufgaben hat der Kreistag auf Initiative der SPD der Kreisverwaltung und sich selbst aufgegeben.

Übrigens: Eine Vergleichbarkeit unserer Abfallsatzung mit der in anderen Kreisen ist äußerst kompliziert. Zwar ist in einigen Kreisen die Restmüllentsorgung preiswerter. Dafür müssen Bürger/innen für jeden Kubikmeter Sperrmüll zum Beispiel 36 Euro zahlen.

Neues aus dem Bernburger Stadtrat

Henriette Krebs, Stadträtin

Der letzte Stadtrat ist nun schon einige Wochen her. Dennoch möchten wir euch fortan regelmäßig über unsere Fraktionsarbeit berichten und nicht länger warten, sondern ab jetzt damit beginnen. Der letzte Stadtrat war recht übersichtlich. So haben wir dem Partnerschaftsabkommen zwischen der Stadt Rostow in Russland und der Stadt Bernburg (Saale) zugestimmt. Da die Stadt Bernburg (Saale) bereits mehrere Städtepartnerschaften führt, u. a. mit Fourmies (F), Tarnowskie Gory (PL) und Chomutov (CR), und diese auch mit Leben zu füllen sind, sah sich die Verwaltung außerstande noch eine weitere Städtepartnerschaft mit allen damit verbundenen Verpflichtungen einzugehen. Das Partnerschaftsabkommen zwischen der russischen Stadt Rostow und unserer Stadt ist dennoch ein gutes Zeichen und vielleicht wird in der Zukunft daraus doch noch eine feste Städtepartnerschaft. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Änderung der Satzung der Stadt Bernburg (Saale) zur Festlegung der Schulbezirke an Grundschulen in Trägerschaft der Stadt

Bernburg (Saale). Ein Tagesordnungspunkt, bei welchem Eltern künftiger Einschülerinnen und Einschüler erfahrungsgemäß aufhorchen, da eine Änderung der Schulbezirke gelegentlich zur Folge hat, dass das Kind dann doch eine andere Grundschule besuchen soll. So war es dann dieses Mal nicht. Denn in der Stadtratssitzung vom 23. Juni 2016 hat sich ein Fehler in die Schulbezirkssatzung geschlichen, oder besser gesagt eine Straße, die es gar nicht gibt. Mit dem Entfernen der Straße „Bodekoppel“ wurde die Rechtssicherheit der Schulbezirkssatzung hergestellt. Eine weitere Satzung stand auf der Tagesordnung: die Satzung für den Beirat der Menschen mit Behinderung (Behindertenbeirat) der Stadt Bernburg (Saale). Durch eine kleine Änderung der Satzung können nun auch Personen, welche einen Menschen mit Behinderung betreuen, dem Beirat angehören. Auch Personen, die sich beruflich oder ehrenamtlich auf dem Gebiet der Stadt Bernburg (Saale) mit der Betreuung von Menschen mit Behinderung befassen, können ohne selbst Einwohner zu

sein Mitglied werden, wenn der Sitz oder der Wirkungskreis des Arbeitgebers, des Vereins oder der Selbsthilfegruppe die Stadt Bernburg (Saale) ist. Damit wurde der Personenkreis erweitert. Um jedoch die Interessen der Menschen mit Behinderung zu wahren, muss mindestens ein Drittel der Mitglieder selbst ein Handicap haben. Denn schließlich geht es um sie und ihre Interessen und Bedürfnisse. Weiterhin wurde die Vergabe des Sanierungspreises 2018 beschlossen sowie auch die Weiterführung der Ordnungstreifen. Auf Anregung unserer Fraktion sollen die beiden Herren auch künftig an der Grundschule „Regenbogen“ eingesetzt werden, da es dort in der Vergangenheit zu Problemen vor dem Gelände mit öffentlichem Alkoholkonsum und sich daraus ergebenden Streitigkeiten gab. Ein Problem, welches eine ortsanässige Mutter an die Fraktion herangetragen hat und welches wir selbstverständlich aufgenommen haben. Die nächsten Neuigkeiten gibt es aus dem November-Stadtrat.

DIE LINKE Saale-Wipper hat neuen Vorstand gewählt

Lars Lehmann, Die LINKE Saale-Wipper

Der Ortsverband Saale-Wipper der Partei DIE LINKE. hatte am 18.10.2019 in das Landgasthaus Kalnassy in Warmsdorf geladen, um einen neuen Vorstand zu wählen. Nach den Formalien zur Feststellung der Tagesordnung und der ordnungsgemäßen Ladung, wurde darüber diskutiert in welcher Form der Vorstand zukünftig arbeiten soll - in der abgelaufenen Wahlperiode verfügte der Ortsverband über einen Sprecherrat mit anfänglich 3 bzw. zum Schluss 2 gewählten Vertretern. Nach kurzer Diskussion kam die Versammlung zur Entscheidung, dass der Ortsverband zukünftig wieder durch einen Vorstand, bestehend aus Vorsitzendem und dessen Stellvertreter, sowie 3 Beisitzern geführt werden soll. Nach Klärung dieses Hauptpunktes ging es dann auch direkt in das Wahlprozedere. Als Wahlleiter wurden der ehemalige Kreisvorsitzende Lothar Boese und als Protokollführer Ernst-Hermann Brink einstimmig bestätigt.

Als Kandidatenvorschläge wurden als Vorsitzender Lars Lehmann, als Stellvertreter Manfred Bölke und als Beisitzer Petra Stenzel, Diana Sims und Tim Biermordt vorgeschlagen. Alle KandidatInnen nahmen die Kandidatur an und wurden im Folgenden einstimmig gewählt. Nachdem alle Gewählten die Wahl angenommen hatten und das Wahlergebnis von niemandem aus der Versammlung angezweifelt wurde, übergab der Wahlleiter das Wort an den neu gewählten Vorsitzenden Lars Lehmann. Dieser bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen und ging auf einige Punkte ein, die in nächster Zeit auf der



Der neue Ortsvorstand in Saale-Wipper; Foto: privat

Agende stehen werden. So wird sich der neue Vorstand zeitnah zusammensetzen und einen Jahresplan für 2020 erarbeiten, wo sich alle bisherigen Veranstaltungen auch wiederfinden werden. Darüber hinaus will man einige Ideen aus den letzten Jahren wiederaufleben lassen z. B. den Newsletter, und sich vermehrt auf die Mitgliederwerbung konzentrieren, um den positiven Trend der letzten Jahre

fortzusetzen. Lars Lehmann teilte aber auch mit, dass man sich mit einigen der derzeit 16 Mitglieder des Ortsverbandes in Verbindung setzen muss, ob deren Mitgliedschaft noch „aktiv“ ist.

Nach der eigentlichen Wahl wurde noch vielfältig diskutiert, u.a. über die Kreisversammlung der Partei am 12.10.19 in Staßfurt.

DIE LINKE Bernburg bei „Culinario“

Henriette Krebs, Stadträtin in Bernburg

Miteinander schmausen, Neues ausprobieren, aufeinander zugehen, voneinander erfahren - all dies stand im Mittelpunkt des „Culinario - Fest der Genüsse“, welches erstmalig am 21. September in der Bernburger Wilhelmstraße stattfand. Im wortwörtlichen und im kulinarischen Sinne über den eigenen „Tellerrand“ hinaus zu schauen war bei diesem Ereignis, das im Rahmen der Interkulturellen Woche stattfand, überaus leicht. So lockte das „Coffee to Stay“ mit einer leckeren Kürbissuppe und verwöhnte seine Gäste mit Spezialitäten aus der syrischen Küche. Am Saalplatz konnte man klassisches amerikanisches Streetfood genießen und beim Verein „Meridian“ gab es Leckereien aus der russischen Küche zu schlemmen. Wem es dagegen nach süßen Gaumenfreuden gelüstete, der wurde bei der Volkssolidarität und beim Stand der Bernburger Tafel bei selbstgebackten Kuchen schnell fündig.

Auch wir als Ortsverband der Bernburger



LINKEN waren Teil des Festes. Dieses Mal gab es allerdings keinen Kuchen bei uns, sondern mit roter Fassbrause und dem LINKEN Glücksrad luden wir Jung und Alt zum Verweilen an Tischen und auf Bänken vor dem LINKEN Büro ein. Außerdem gab es natürlich LINKES Infomaterial und die Lieblingsrezept-

te ausgewählter Bundestagsabgeordneter zum Mitnehmen.

Der Erlös aus dem Verkauf der Fassbrause geht in den Spendentopf für die Bernburger Tafel. Ein Projekt, welches der Ortsverband der Bernburger LINKEN schon seit etlichen Jahren unterstützt und angesichts der Zunahme an Menschen, die auf die Tafel angewiesen sind, auch weiterhin unterstützen wird.

Genuss bedeutet nicht nur Gaumen- sondern auch Hörfreuden. Überall auf der Meile traf man Musizierende, die mit Gitarren die Menschen unterhielten. Weitere musikalische Hörgenüsse wurden auf der Bühne am Saalplatz geboten, welche ihren musikalischen Abschluss in einem irischen Abend, inklusive irischen Whiskeys, fanden. Insgesamt kann man sagen, dass eine Wiederholung durchaus wünschenswert ist. Ein großes Dankeschön an alle, die das erste „Culinario“ ermöglicht haben.

Bemerkungen zur Energiewende

Peter und Angelika Trench, DIE LINKE Bernburg

Angekündigt als ganz großer Wurf der großen Koalition ist das Ergebnis eher beschämend und wird von den FFF-Anhängern auch so verstanden. Eine einzige Provokation der Bürger durch Dilettanten, welche immer noch nicht begriffen haben. Nun zu ausgewählten einzelnen Punkten des Klima-Papiers:

1. Wenn man den Individualverkehr einschränken will, dann muss man entweder die Zeit am Tag, in der gefahren werden darf, kürzen (z.B. Nachfahrverbot) oder die Strecke kürzen, welche in einer bestimmten Zeiteinheit gefahren werden darf. Das bedeutet, ein generelles Tempolimit auf Autobahnen einführen und kontrollieren. Auf vielen Strecken in Deutschland ist das schon üblich und in unseren Nachbarländern auch. Eine organisatorische Maßnahme, die kaum Geld kostet. Individualverkehr lässt sich aber auch einschränken durch den Ausbau, die engere Vernetzung und Preisreduzierung bis zu kostenlosem Angebot von öffentlichem Nahverkehr. Das würde allerdings Geld kosten. Doch Geld ist genug da. Mit dem auf der Welt vorhandenen realem und Buchgeld könnte man 12mal alle Waren kaufen, die es auf der Erde gibt, wenn man der Recherche von W. Schorlau in „Der große Plan“ glauben kann.

2. Unsere Lebensweise muss sich ändern. Unser eigener CO₂-Verbrauch muss sinken. Kurz, wir müssen weniger konsumieren, weniger verbrauchen und möglichst von Dingen, die viel Energie verbrauchen (Herstellung/

Transport/Nutzung). Die meiste Energie verbrauchen die Produkte, welche nur eine kurze Nutzungsdauer haben - sei es, sie gehen zu schnell kaputt oder sie bleiben liegen, weil es ein Fehlkauf war. Haben die Produkte eine lange Nutzungsdauer oder vielleicht ein zweites Leben, kann die bei der Herstellung in ihr steckender Energie und natürlich auch das Material auf mehrere Jahre verteilt werden. Die Befürchtungen, den technischen Fortschritt so zu bremsen, sind aus mehreren Gründen nicht richtig. Wenn wir z.B. an Fernseher, Telephone, Computer denken - die Erneuerungsraten gaukeln uns in vielen Fällen technischen Fortschritt vor, der im normalen Leben aber oft nicht gebraucht wird. Längere Nutzung ist oft verbunden mit steigendem Reparaturbedarf. Reparatur bedeutet auch qualifizierte Arbeit vor Ort. Die hätte man mit reparaturfreundlichen Anforderungen an die Herstellung oder mit geringerem Mehrwertsteuersatz fördern können. Hat man das im Klimapapier getan? Nein, denn weniger Neuproduktion bedeutet aber auch weniger Profit, und das werden die Kapitalisten auf keinen Fall zulassen.

3. Wenn wir schon einmal beim Aufräumen sind, müsste die Rüstung gleich mit abgeschafft werden. Begründung: kein Nutzen für die Menschheit und enormer Natur- und Energieverbrauch. Und Rüstung realisiert sich nun mal über Krieg. Wer will Krieg? Wer verdient an der Rüstung und am Krieg? Wir kennen sie alle. Aber warum wählen wir sie

immer wieder? Ich wähle die Linken im Bundestag, die bisher einzige konsequente Friedenspartei.

4. Friedenspartei zu sein ist schön und man kann stolz darauf sein. Aber heute reicht das nicht mehr. Wir müssen die Systemfrage stellen. Ein „Weiter so!“ geht nicht mehr. Unbegrenzt Wachstum in allen Bereichen führt in den Abgrund, vor dem sich nur die Reichsten wohl noch eine Gnadenfrist erkufen können.

5. Deshalb zum Schluss meiner Ausführungen: Wir müssen die Frage der Klimarettung als zutiefst soziale Frage verstehen und auch so behandeln. Es darf nicht sein, dass einige sie nur als Profitquelle sehen und sich dumm und dämlich verdienen auf Kosten von allen. Wenn man im System Kapitalismus diese Prozesse steuern will? Erst einmal mit Hilfe von Steuern - z.B. Staffelung der Mehrwertsteuer: Einführung einer Luxussteuer bei viel CO₂ und ermäßigte Steuersätze z.B. für die Instandhaltung. Die Klimaveränderung stellt uns vor riesige Aufgaben - in der Produktion (produzieren nur, was noch nötig ist), in der Distribution (ortsnahe Produktion reduziert Handelswege) und in der Konsumtion (bewussteres Verhalten, gemeinsame Nutzung von Werk- und Fahrzeugen...).

Mit solchen halbherzigen Klimapaketen ohne Gesamtkonzept verlieren wir aber wertvolle Zeit, die wir nicht haben.

Solidarität mit der islamischen Gemeinde Aschersleben

Regina Koblischke, DIE LINKE Aschersleben

Zu Besuch bei der islamischen Gemeinde in Aschersleben waren die Landtagsabgeordneten Wulf Gallert, Monika Hohmann und Doreen Hildebrandt sowie Irene Lange, Nora Schneider und Regina Koblischke.

Der Anlass war der Brandanschlag im Gebetsraum und ein Einbruch etwas später. Die Übergabe eines Spendenchecks in Höhe von 500,00 € durch die Landtagsabgeordneten sollte Ausdruck der Solidarität mit ihnen sein und erfolgte vor dem Freitagsgebet.

Nach dem Freitagsgebet kam es zu einem angeregten Gespräch mit Mitgliedern der Gemeinde. Hier erfuhren wir, dass sie sich in Aschersleben wohl fühlen und es bisher keine



Landtagsabgeordnete besuchen die islamische Gemeinde; Foto: privat

Probleme gab. Sie sind erschrocken über den Anschlag. Der Gebetsraum muss nun wieder hergerichtet werden. Ihre Gemeinde arbeitet mit anderen islamischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt eng zusammen und diese unterstützen sich gegenseitig. Wir unterhielten uns

auch kurz zu dem Thema Frauen in der Gemeinde. Die Gesprächspartner teilten uns mit, dass der OB Michelmann einen Vertreter zu der islamischen Gemeinde entsandt hatte, um sein Bedauern auszudrücken. Von Seiten des Landkreises gab es bisher keine Reaktion. Vielleicht ändert sich das ja noch.

Von Wulf wurden wir unterrichtet, dass es bisher keinen Brandanschlag auf islamische Gemeinden gegeben hat, umso mehr ist dieser hier zu verurteilen. Er berichtete über die Gegebenheiten in Stendal und Halle, wo er Einblick hat. Es war ein interessantes Gespräch.

Wertschätzung für die ehrenamtliche Tätigkeit der Grünen Damen

Sabine Dirlich, Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion

Ende Oktober übergaben wir 300 Euro aus dem Solidarfond der Kreistagsfraktion an die Grünen Damen im Bernburger AMEOS-Klinikum. Bei der Scheckübergabe konnten wir einiges über dieses enorm wichtige Ehrenamt lernen.

Die Grünen Damen besuchen PatientInnen, die keine Angehörigen mehr haben oder deren Angehörigen weit entfernt wohnen. Sie lesen ihnen vor, hören sich ihre Lebensgeschichten an, spielen mit ihnen Bingo oder anderes und lenken die PatientInnen auf diese Weise für einige Zeit von den Gedanken an ihre Krankheit ab. Das alles fördert die Genesung und steigert die Lebensfreude der Kranken. Anliegen der Frauen ist es, weitere MitstreiterInnen zu finden.

Genossinnen und Genossen, die Interesse an der Mitarbeit haben, können sich gerne bei der Kreistagsfraktion melden. Natürlich werden Interessierte zunächst an die Tätigkeit herangeführt und geschult, können sich also erst mal ausprobieren. Spürbar war, wie viel Freude die Frauen an ihrem Ehrenamt haben. Sie bekommen von den dankbaren Patientinnen viel an Wertschätzung zurück.

Auch die neu gewählte Kreistagsfraktion möchte mit dem Solidarfonds weiterhin das Ehrenamt im Landkreis stärken. Mit konkreten Vorschlägen kann man sich natürlich jederzeit an uns wenden.



Ethel-Maria Muschalle-Höllbach und Sabine Dirlich zu Gast bei den Grünen Damen; Foto: privat

Kick für Toleranz setzt ein Zeichen

Björn Jethon, DIE LINKE Nienburg



Die Teams beim Kick für Toleranz; Foto: privat

Im Rahmen der interkulturellen Woche fand auch in diesem Jahr wieder ein Fußballturnier für Freizeitmannschaften auf dem Sportplatz des PSV Bernburg statt. Wie in den letzten Jahren auch, übernahm Björn Jethon die Zusammenstellung einer Mannschaft, damit „DIE LINKE.“ auch in diesem Jahr sportlich, wie auch politisch, ein wichtiges Zeichen im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit setzen konnte.

Besonders hervorzuheben ist dabei, dass „DIE LINKE.“, neben „Stollengewitter“, mit einer Mannschaft aus Frauen und Männern teilnahm. Es wurde im Modus 5:1 und „Jeder gegen Jeden“ mit Hin- und Rückrunde gespielt. Der Grund dafür war, dass am Turnier nur vier Mannschaften teilgenommen haben. Besonders schade ist es, dass die „African Union“ erneut nicht am Turnier teilnahmen, die in einigen Jahren sogar drei Mannschaften gestellt haben. Der sportliche Erfolg blieb der Mannschaft der Linken leider verwehrt, allerdings gewann man, wie im letzten Jahr schon, den Fair-Play-Pokal, was ein deutlich wichtigeres Zeichen ist.

Alles in allem war das Turnier aus Sicht der Linken wieder ein voller Erfolg. Ein besonderer Dank gilt den Organisatoren Mike Franzelius und Maik Mingo, die erneut im Namen des Bernburger Bündnisses gegen Rechts mit viel Herzblut ein sehr gutes und erfolgreiches Turnier auf die Beine gestellt haben.

Gratulation zum 99. Geburtstag



Foto: privat

Die Bernburger GenossInnen Christine Pfeiffer, Lothar Boese und Jörg Lemmert konnten Ende Oktober dem ältesten Genossen des Salzlandkreises zum 99. Geburtstag gratulieren. Herzlichen Glückwunsch nachträglich an Fritz Liebfinke

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren im November recht herzlich

Zum 87. Geburtstag
Hans-Jürgen Beu

Zum 86. Geburtstag
Ruth Weiß

Zum 85. Geburtstag
Karl Dietrich

Zum 70. Geburtstag
Barbara Magenheimer

Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im November Geburtstag haben



Neue Sprechzeiten im Staßfurter Fraktionsbüro

MO: 12:00 Uhr bis 17:00 Uhr
DI: 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr
DO: 14:30 Uhr bis 18:00 Uhr
FR: 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr

Die Fraktion ist auch wie folgt zu erreichen: Tel. / Fax: 03925 - 322 381, E-Mail: ktf@dielinke-salzlandkreis.de.

Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Salzlandkreis

Die Kreistagsfraktion führt ihre nächste Sitzung am **18.11.2019 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94) durch.

DIE LINKE.
Kreisverband Salzlandkreis

Ortsversammlung in Bernburg

Die LINKE Bernburg lädt am **20.11.2019 um 18 Uhr** alle Mitglieder zur 2. Ortsversammlung des Jahres in das Begegnungszentrum der Volkssolidarität ein (Wilhelmstraße 1). Schwerpunkte werden die Arbeit des Ortsverbandes und der Stadtratsfraktion sein.

Termine im „Linkstreff“

Im Ascherslebener Büro (Oststraße 5) gibt es immer am 1. und 3. Montag im Monat von 15 bis 17 Uhr eine **LINKE Sprechstunde** und immer am 2. Montag im Monat das „Kaffee mit Links“.

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung sucht ständig Artikel aus allen Regionen des Salzlandkreises. Wir freuen uns über Beiträge über alle Veranstaltungen bei euch. Interessent*innen nutzen bitte die Kontaktdaten der Redaktion (siehe rechte Spalte).

Nachruf

In stillem Gedenken
Helga Böhme



OV Aschersleben
Kreisvorstand

Wahlkreistag von Jan Korte

Der Bundestagsabgeordnete ist am **19.11.2019** wieder im Salzlandkreis unterwegs. Mehr auf www.dielinke-salzlandkreis.de

Stefan Gebhardt am 11.11.2019 unterwegs im Salzlandkreis

Der neue Landesvorsitzende ist ab 15 Uhr beim „Kaffee mit Links“ im Linkstreff Aschersleben (Oststraße 5) und ab 18 Uhr beim Politstammtisch im Bernburger Wahlkreisbüro (Kl. Wilhelmstraße 2b) zu Gast. Thematisch wird es um einen Blick auf die letzten Landtagswahlen aus LINKER Sicht und um die zukünftige Arbeit im Landesverband gehen.



Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am **14.11.2019 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94).

ClimatePartner[®]
klimateutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 22. November 2019. Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 25. Oktober 2019.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.